

Die Machtergreifung von Herrn Pusch im Welzower Rathaus

Das Bürgerforum „Stadtumbau Welzow“ ist nach wie vor der Meinung, dass in der über viermonatigen Abwesenheit des Herrn Pusch die Geschäfte im Rathaus ordnungsgemäß gelaufen sind - trotz des „Störfeuers“ durch zwei Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, durch Vattenfall und durch den Landrat. Somit hat es in der neuen Situation für uns keinen Anlass dazu gegeben, die Führungsspitze im Rathaus auszutauschen.

Wir achten selbstverständlich die Entscheidung des Arbeitsgerichts Cottbus, die die sofortige Wiederbeschäftigung von Herrn Pusch mit einer Tätigkeit in seiner bisherigen Vergütungsgruppe fordert.

Das Gericht hat aber ausdrücklich dargelegt, dass die Einsetzung von Herrn Pusch in der bisherigen Funktion als erster Stellvertreter des Bürgermeisters nicht durch diesen Beschluss gefordert ist, sondern, dass er eine gleichwertige Arbeit erhalten muss. Eine solche gleichwertige Arbeit ist durchaus vorhanden. Herr Pusch hätte beispielsweise als Beauftragter für Stadtсанierung die Arbeiten übernehmen können, die nach der Auflösung der STEG für Welzow anstehen und in der nächsten Stadtverordnetenversammlung an ein fremdes Büro vergeben werden sollen. Damit hätte man gleichzeitig die Stadtkasse entlasten können. Wir sind auch der Meinung, dass Herr Pusch fachlich in der Lage ist, diese Aufgaben zu erledigen.

Es hätte Herrn Pusch gut zu Gesicht gestanden, wenn er den Vorschlag von Frau Lehmann angenommen hätte und zunächst ohne die Macht an sich zu reißen für Welzow nutzbringend gearbeitet hätte. Damit hätte der am 07.06.09 zu wählende Bürgermeister die Entscheidungsfreiheit gehabt, Herrn Pusch so einzusetzen, wie es die/der Neue für nötig hält.

Die Art und Weise wie Herr Pusch die Macht in Welzow an sich gerissen hat ist eine ungesetzliche Handlung, für die er hoffentlich bald zur Rechenschaft gezogen wird. Zur fraglichen Zeit war Frau Lehmann amtierende Bürgermeisterin. Nur Frau Lehmann hätte Herrn Pusch eine Tätigkeit übertragen können. Frau Lehmann konnte ihm aber gar nicht die Tätigkeit des Hauptamtsleiters übertragen, denn diese Stelle gab es nicht mehr, da der Geschäftsverteilungsplan kein Hauptamt mehr vorsah. Herr Pusch hat sich einfach ohne Legitimation auf den Bürgermeistersessel gesetzt und behauptet: Jetzt bin ich Hauptamtsleiter und Stellvertreter des Bürgermeisters. Unterstützt wurde dieser Handstreich durch Landrat Friese, der in einer solchen Angelegenheit absolut keine Zuständigkeit hat.

Auch wenn das Arbeitsgericht wegen der festgestellten Formfehler bei der Kündigung das Verfahren nicht weiter verfolgt hat, so bleiben doch die Fakten, dass die Akten (mehr als 10 Leitz-Ordner) zum Fall Jestel in den letzten vier Monaten nicht auffindbar waren und vor allem, dass Herr Pusch auch vor seiner fristlosen Entlassung diese Akten nicht zur Einsicht freigegeben hat, sowie die weitere gesamte Handlungsweise von Herrn Pusch im Zusammenhang mit Herrn Jestel (z.B. Verhinderung der Amtstätigkeit des Bürgermeisters) als schlimmer Makel an ihm haften. Das geringe Vertrauen, das Herr Pusch bei weiten Teilen der Welzower Bevölkerung hat, wird durch solch einen „Kraftakt der Machtergreifung“ noch weiter zerrüttet.

Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum Herr Pusch, der nach Aussage seiner Freunde aus der Bürgerinitiative Zukunft Welzow und der SPD so viel für Welzow in der Zeit getan hat, wo er allein „regierte“, nicht für den Bürgermeisterposten kandidiert hat. Kann es sein, dass er selbst weiß, dass er keine Chance hat in Welzow bei einer demokratischen Wahl an die Macht zu kommen?

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Welzow,

wir glauben, dass unser Ort eine gute Chance für seine Entwicklung in der Zukunft hat. Die ersten Schritte dahin sind getan. Wir wollen uns mit unserem gesamten Programm dafür einsetzen, dass diese Aussage realisiert werden kann, denn

*Welzow muss vollständig erhalten bleiben
entweder hier oder an einem neuen Standort.*

Unser Kandidat für das Bürgermeisteramt

Lutz Frauenstein

wird sich für die Entwicklung eines Welzow für alle Bürger einsetzen.